

# Antrag I01: Initiativantrag STÄRKER MIT UNS. Für Gute Arbeit - Starke Wirtschaft - Soziale Sicherheit und gegen den Kahlschlag! Gewerkschaften machen es möglich

Antragsteller*in:	DGB-Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung

## 1 **Stärker mit uns – für eine Zukunft, die allen gehört**

2 Seit über 150 Jahren stehen wir Gewerkschaften für Solidarität, Mut, Fortschritt und  
3 gelebte Demokratie. „Stärker mit uns“ – das ist unser Versprechen an alle arbeitenden  
4 Menschen in diesem Land. Sie organisieren sich bei uns, verschaffen sich Gehör und  
5 gestalten ihre Zukunft aktiv mit. Gemeinsam machen wir jede und jeden Einzelnen  
6 stärker, unsere Gesellschaft gerechter und unsere Wirtschaft erfolgreicher. Seit  
7 jeher waren wir bereit für unsere Ziele zu kämpfen. Das gilt auch heute. Ja, es ist  
8 nötiger denn je. Denn während viele Menschen mit steigenden Lebenshaltungskosten und  
9 Zukunftsängsten zu kämpfen haben, werden ihre Sorgen immer häufiger ignoriert oder  
10 diffamiert. Nicht mit uns! Wir halten dagegen und setzen uns entschlossen für die  
11 Interessen der Beschäftigten ein.

12 Dabei wissen wir, wofür wir stehen: Wir treten ein für eine Gesellschaft, in der  
13 Beschäftigte Sicherheit im Wandel erfahren und echte Aufstiegschancen durch Bildung  
14 erhalten. Wir wollen demokratisch, friedlich, nachhaltig und solidarisch leben und  
15 dass der Wohlstand fair verteilt wird. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – der  
16 Artikel 1 des Grundgesetzes ist unser Kompass. Niemals werden wir akzeptieren, dass  
17 Errungenschaften, für die wir zusammen mit den Beschäftigten gekämpft haben,  
18 geschleift werden. Was wir gerade erleben, ist ein Generalangriff auf  
19 Arbeitnehmer\*innenrechte und den Sozialstaat. Er ist Ausdruck einer zunehmenden  
20 Skrupellosigkeit und Ideenlosigkeit von Vielen - in Politik, Wirtschaft und  
21 Verbänden.

22

## 23 **Deutschland hat Zukunft – packen wir sie gemeinsam an!**

24 Seit Jahren erleben wir eine Abfolge von Krisen, die viele Menschen verunsichern. Der  
25 aktuelle Krieg im Nahen Osten verschärft die schon angespannte Lage weiter. Umso  
26 wichtiger ist es, dass wir uns bewusst machen: Unser Land verfügt über alles, was wir  
27 für eine gute Zukunft brauchen: kompetente, hervorragend ausgebildete und  
28 hochproduktive Menschen, innovative Unternehmen und Einrichtungen, bewährte  
29 demokratische und rechtstaatliche Institutionen und einen starken Sozialstaat. All  
30 das ist Grund für Zuversicht – wäre da nicht eine Bundesregierung, die immer wieder  
31 die Chance verspielt, mit klugen Reformen das Land zusammenzuhalten. Stattdessen  
32 verzettelt sie sich allzu oft im Klein-Klein und Streit. Dabei verpasst sie immer  
33 wieder die Gelegenheit, mit uns, mit den Sozialpartnern, Beschlüsse gut und getragen  
34 von einem breiteren Konsens vorzubereiten. Heraus kommen Entscheidungen wie die 1000  
35 Euro-Prämie oder der Tankrabatt, die nie auf einhellige Zustimmung stoßen und

36 hinsichtlich ihrer Wirksamkeit umstritten sind - und dann auch noch diejenigen  
37 besonders stark belasten, die wenig haben – etwa wenn Verbrauchssteuern angehoben  
38 werden.

39 Wir wissen nicht alles besser als andere – aber wir wissen, wovon wir sprechen. Denn  
40 wir haben Erfahrungen, haben Ideen und Konzepte (z.B. den Industriestrompreis, die  
41 Übergewinnsteuer oder das Mobilitätsgeld) und sind zudem nah an den Menschen. Sie  
42 fragen sich, wie es sein kann, dass sie kaum über die Runden kommen während sich  
43 einige große Konzerne sowie Vermögende die Taschen vollmachen. Es ist unverständlich,  
44 dass die Bundesregierung so zögerlich beim Bemühen um eine gerechtere  
45 Vermögensverteilung, bei der Einführung einer Übergewinnsteuer oder auch von einer  
46 wirksameren Preisaufsicht ist.

47 Die Bundesregierung streitet und spaltet, anstatt Probleme zu lösen und dem Land und  
48 seinen Menschen eine Perspektive zu bieten. Das spüren die Menschen. Sie halten die  
49 Demokratie mehrheitlich für die beste Staatsform - und haben gleichzeitig immer  
50 häufiger das Gefühl, dass sie nicht mehr funktioniert. Davon profitieren autoritäre  
51 Populisten und Rechtsextremisten, die unsere Demokratie verachten und einfache  
52 Antworten auf schwierige Herausforderungen versprechen.

53 Wir fordern dagegen eine Politik, die die Stärken unseres Landes entfesselt,  
54 solidarisch weiterentwickelt, die wirtschaftliche Entwicklung und Gleichstellung  
55 vorantreibt und für Klarheit und Planbarkeit sorgt. Und die damit den Menschen wieder  
56 Zuversicht gibt. Zu all dem scheint die Bundesregierung nicht in der Lage zu sein.  
57 Ihr fehlt vor allem ein sozialer Kompass. Ihre bisher beschlossenen genauso wie die  
58 für die kommenden Wochen angekündigten Maßnahmen haben massive Schlagseite. Ohne  
59 jeden Zweifel sind Entscheidungen notwendig. Die Lasten tragen nun aber einseitig die  
60 Beschäftigten, während viele in der Wirtschaft sich aus der Verantwortung stehlen.

61 Vor diesem Hintergrund bewerten wir die kürzlich von der Bundesregierung vorgelegten  
62 Vorschläge für eine Reform der gesetzlichen Krankenversicherung sehr kritisch, denn:

- 63 • es gibt eine erhebliche soziale Schieflage durch einseitige Mehrbelastung der  
64 Versicherten (Zuzahlungen, Leistungskürzungen, Familienmitversicherung etc.).
- 65 • durch die Teilkrankschreibung würde der Druck auf Beschäftigte, krank zur Arbeit  
66 zu gehen, enorm steigen.
- 67 • die volle Refinanzierung von Tarifsteigerungen im Gesundheitswesen soll  
68 gestrichen und das Pflegebudget in den Krankenhäusern begrenzt werden, obwohl  
69 der Personalbedarf in der Pflege längst noch nicht überall gedeckt ist.
- 70 • die GKV-Verwaltungskosten sollen an die Grundlohnrate gekoppelt werden. Damit  
71 wird versucht, auch die Tarifsteigerungen der Beschäftigten der GKV zu deckeln.
- 72 • der Bund trägt noch weniger bei als bisher. Zwar wachsen die Zahlungen für  
73 Bürgergeldbeziehende ab 2027 an, aber gleichzeitig werden ab 2027 2 Mrd. weniger  
74 Bundeszuschüsse gezahlt. Hierdurch werden gesamtgesellschaftliche Aufgaben sogar  
75 in noch größerem Umfang auf die Versicherten abgewälzt.
- 76 • die wahren Kostentreiber werden nicht adäquat adressiert. So findet man keine  
77 Regelungen, die den Zugang von Private-Equity-Gesellschaften zum

78 Gesundheitswesen und damit rein renditegetriebene Engagements begrenzen. Und die  
79 Senkung der Mehrwertsteuer auf in Deutschland hergestellte Arznei-; Heil- und  
80 Hilfsmittel auf sieben Prozent wie auch ein Umsteuern bei ärztlicher Vergütung  
81 von Quantität und Qualität bleibt aus.

- 82 • die Erlöszuwächse der Krankenhäuser werden insgesamt stark begrenzt. Angesichts  
83 der desaströsen wirtschaftlichen Situation vieler Krankenhäuser gefährdet das  
84 die flächendeckende Versorgung und ist politisch unverantwortlich. Der  
85 zusätzliche Einspardruck geht zulasten des Krankenhauspersonals und erhöht  
86 erheblich das Insolvenzrisiko. Die Sparmaßnahmen würden eine kalte  
87 Strukturreform bedingen. Notfallstrukturen würden wegbrechen, hauptsächlich im  
88 ländlichen Raum würde sich die Gesundheitsversorgung dramatisch verschlechtern  
89 und auch die Trägervielfalt wäre in Gefahr.
- 90 • die mangelhafte Beteiligung der Sozialpartner in den Arbeits- und  
91 Gesetzgebungsprozess steht in krassem Widerspruch zu ihrer im Grundgesetz  
92 verankerten Bedeutung und ihrer Rolle in der Selbstverwaltung.

93

94 Unsere Botschaft ist klar: wer Reformen so anlegt, dass vor allem die  
95 Arbeitnehmer\*innen die Zechen zahlen müssen, wird auf unseren entschlossenen  
96 Widerstand stoßen. Wir sind überzeugt: unser Land wird nicht stark, indem es zurück  
97 in die Vergangenheit geht. Wir wollen die Zukunft gewinnen. Dafür sind Veränderungen  
98 nötig – und wir gestalten sie mit, wenn sie gerecht sind. Wir verteidigen unsere  
99 Errungenschaften und kämpfen zugleich für eine gute Zukunft aller Menschen in unserem  
100 Land. Deshalb sagen wir Politik und Arbeitgebern ganz klar: Zukunft gibt es nur mit  
101 uns - nicht gegen uns!

102

### 103 **Wir stellen uns den Herausforderungen – entschlossen und solidarisch**

104 Zu lange schon vertrauen Politik und Unternehmen in Deutschland und Europa auf reine  
105 Marktkräfte, während andere Länder massiv in Zukunft investieren. Das Ergebnis:  
106 veraltete Infrastruktur, gespaltener Arbeitsmarkt, zu wenig Investitionen in Bildung  
107 und Digitalisierung, Spitzentechnologie und Modernisierung. Die Pandemie, der  
108 russische Angriffskrieg, Energie- und Inflationskrisen und der aktuelle Krieg in  
109 Nahost haben die Versäumnisse schonungslos offengelegt.

110 Insbesondere die Pandemie hat unsere Gesellschaft verändert. Soziale Bindungen nehmen  
111 ab, soziale Medien gewinnen an Bedeutung. Debatten werden schärfer, Hetze wird  
112 unerträglich. Themen wie Zugehörigkeit und Sicherheit bewegen die Menschen. Zugleich  
113 bietet Digitalisierung ungeahnte Möglichkeiten für Austausch und Wissen.

114 Das Leben fühlt sich wie eine permanente Krise an. Zu Viele können von ihren Löhnen  
115 kaum leben. Besonders die junge Generation braucht mehr Unterstützung –  
116 Hundertausende junge Menschen bleiben ohne Abschluss. Die Tarifbindung sinkt,  
117 Vermögen sind ungerecht verteilt, der sozial-ökologische Umbau stockt.

118 Gleichzeitig entsteht eine multipolare Weltordnung, in der nationale Interessen auch  
119 mit Gewalt durchgesetzt werden. Wir erleben eine neue weltwirtschaftliche Ära. Unser

120 exportorientiertes Erfolgsmodell steckt deshalb und wegen ausgebliebener  
121 Investitionen in der Krise.

122 Bekannte Herausforderungen bleiben ungelöst - Klimawandel, demographischer Wandel  
123 oder Integration – sowie weitere kommen hinzu. Künstliche Intelligenz verändert die  
124 Arbeitswelt rasant. Sie kann Beschäftigte entlasten, wenn sie ihnen monotone Aufgaben  
125 oder Dokumentationspflichten abnimmt. Sie führt aber oft zu Arbeitsverdichtung,  
126 Arbeitsplatzabbau, Prekarisierung oder Überwachung und dringt in weitere Bereiche der  
127 Arbeitswelt ein.

128 Mit unseren bewährten Instrumenten der Mitbestimmung, die an die neuen Anforderungen  
129 angepasst werden müssen, gestalten wir den Übergang. Dafür muss die Politik klare  
130 Regeln setzen. Diese Zukunftsaufgabe überlassen wir nicht den Big-Tech-Konzernen! Und  
131 viel zu viele Arbeitgeber reagieren mit Radikalkapitalismus. Betriebe werden  
132 zerschlagen, Beschäftigte entlassen, kurzfristiges Kostendenken dominiert. Doch so  
133 baut man keine Zukunft. Wir fordern die Arbeitgeber daher auf: Steuert um! Arbeitet  
134 mit uns an zukunftsweisenden und sozial gerechten Lösungen!

135

#### 136 **Unser Leitbild: Gute Arbeit, starke Wirtschaft, soziale Sicherheit**

137 Das Nötige zu tun, erfordert Anstrengung, Solidarität, Mut und Entschlossenheit.  
138 Dafür stehen wir! Es braucht eine Politik, die entsprechend handelt. Wir brauchen  
139 keine Arbeitgeber, die auf die Schwächsten einschlagen, Tarifflicht betreiben, die  
140 Mitbestimmung angreifen oder gar mit Rechtsextremen sympathisieren. Solche  
141 Arbeitgeber sind ein Standortrisiko und eine Gefahr für unsere Demokratie.

142 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben einen klaren Kompass. Wir haben stets  
143 die Beschäftigten im Blick – sie schaffen mit ihrer Arbeit die Werte und Grundlagen  
144 unseres Wohlstands. Eine Soziale Marktwirtschaft nach unseren Vorstellungen schafft  
145 eine echte Machtbalance zwischen Arbeit und Kapital, sorgt für sozialen Ausgleich und  
146 Chancengleichheit. Wir setzen Gute Arbeit, eine starke Wirtschaft und soziale  
147 Sicherheit durch einen handlungsfähigen Staat in einem geeinten Europa durch. Deshalb  
148 kämpfen wir für eine Politik, die auf Investitionen setzt, statt auf Kürzungen. Wir  
149 setzen auf Kompromiss, wo möglich, und auf Konfrontation, wo nötig. Wir fordern  
150 sozialen Ausgleich, nachhaltiges Wachstum, endlich Gleichstellung und gerechte  
151 Wohlstandsverteilung – statt Sozialabbau und Demontage von Arbeitnehmer\*innenrechten.  
152 Nur eine solche Politik schafft wieder Vertrauen in unsere Stärken und unsere  
153 Demokratie.

154

#### 155 **Wir machen uns stark – für Gute Arbeit**

156 Wir kämpfen für sichere Arbeitsplätze, für gute, tarifgebundene, mitbestimmte und  
157 gesunde Arbeit. Sie ist der Kern einer fairen Wirtschafts- und Sozialordnung.  
158 Tarifbindung, Mitbestimmung, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen, Arbeits- und  
159 Gesundheitsschutz – das sind die Säulen einer Arbeitswelt, die Menschen Sicherheit  
160 und Wertschätzung gibt. Das gilt für den Öffentlichen Dienst genauso wie für  
161 Industrie und Dienstleistung.

162 Mit Tarifverträgen, Betriebs- und Dienstvereinbarungen gestalten wir  
163 Veränderungsprozesse demokratisch und passgenau. Probleme lösen wir besser und  
164 schneller, wenn Sozialpartnerschaft als Gestaltungspartnerschaft verstanden wird und  
165 die Politik die nötigen Rahmenbedingungen schafft. Wir wollen Arbeitgeber, die sich  
166 dieser Aufgabe stellen – nicht solche, die sich durch Tariffucht entziehen und  
167 Betriebsräte angreifen.

168 Wir nehmen Politik und Staat in die Pflicht. Auch viele öffentliche Unternehmen sind  
169 nicht tarifgebunden. Das ändern wir! Die Vergabe öffentlicher Gelder und die  
170 staatliche Förderung von Unternehmen muss an Tarifbindung und Beschäftigungssicherung  
171 geknüpft werden. Deswegen begrüßen wir, dass die Bundesregierung endlich ein  
172 Bundestariftreuegesetz umgesetzt hat. Das ist gut für die Menschen und füllt die  
173 Kassen von Staat und Sozialversicherungen.

174 Doch auch beim Thema Arbeit – insbesondere bei der Arbeitszeit – geben die immer  
175 neuen, oft wenig durchdachten Ankündigungen etwa zur Lifestyle-Teilzeit Anlass zur  
176 Sorge. Auch hier vertreten wir sehr klare Positionen:

- 177 • Hände weg vom Acht-Stunden-Tag – und von jedem weiteren Eingriff in das
- 178 Arbeitszeitgesetz!
- 179 • Her mit Arbeitszeiten, die zum Leben passen, und der Arbeitserfassung für Alle!
- 180 • Hände weg vom Kündigungsschutz und den Schwellenwerten!
- 181 • Keine Ausweitung von Befristungen – nicht heute und auch nicht morgen!
- 182 • Keine Abschaffung des Rechts auf Teilzeit – stattdessen ein echtes Recht auf
- 183 Vollzeit!
- 184 • Her mit echter Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer!
- 185 • Her mit entschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit!
- 186 • Keine Streichung von gesetzlichen Feiertagen!

187

188 Ohne mehr Mitbestimmung können wir die Zukunft der Arbeit und die Herausforderungen  
189 durch Künstliche Intelligenz nicht bewältigen. Wir erwarten von der Bundesregierung,  
190 dass sie auch in Europa mehr Mitbestimmung durchsetzt. Das bedeutet konkret, die  
191 negativen Folgen des sogenannten „28. Regimes (EU Inc.)“ entschlossen abzuwehren -  
192 insbesondere für die Unternehmensmitbestimmung sowie für die zentralen Bereiche wie  
193 das Gesellschafts-, Arbeits-, Insolvenz-, Steuer- und Kapitalmarktrecht.

194

195 **Wir machen uns stark – für eine starke Wirtschaft**

196 Wir kämpfen für eine grundlegende Weiterentwicklung unserer Wirtschaftsordnung. Unser  
197 Wohlstandsverständnis geht weit über Wachstumszahlen hinaus. Wir wollen eine  
198 Wirtschaft, die den Menschen dient.

199 Nur durch aktives staatliches Handeln verwirklichen wir eine Industrie- und  
200 Dienstleistungspolitik, die den ökologischen Umbau vorantreibt und innovative  
201 Technologien entwickelt. Angesichts neuer ökonomischer Herausforderungen ist das  
202 wichtiger denn je. Und umso dramatischer ist das Versagen der Wirtschaftsministerin.

203 Wir fordern einen Staat, der Marktkräften und wirtschaftlicher Macht klare Grenzen  
204 setzt und für sozialen Ausgleich sorgt. Wir brauchen mehr Verteilungsgerechtigkeit,  
205 mehr Steuereinnahmen, zusätzliche öffentliche Kreditaufnahmen und stärkere  
206 Sozialkassen. Geld dafür ist in unserem reichen Land genug da.

207 All das lässt die Bundesregierung vermissen. Wir erwarten daher einen sofortigen  
208 wirtschaftspolitischen Neustart. Er muss folgende Inhalte aufgreifen:

- 209 • bezahlbare und wettbewerbsfähige Energiepreise sichern durch einen nachhaltigen  
210 Ausbaupfad für erneuerbare Energien und einen dauerhaft verlässlichen,  
211 international wettbewerbsfähigen Industriestrompreis, der breit wirkt und  
212 Planungssicherheit für Transformation und Standortentscheidungen schafft.
- 213 • öffentliche Investitionen strukturell stärken durch eine Reform der  
214 Finanzierungsregeln, die Zukunftsinvestitionen ermöglicht, sowie beschleunigte  
215 Verfahren, damit Mittel insbesondere für bezahlbaren Wohnraum tatsächlich  
216 wirksam werden.
- 217 • Mobilität verlässlich gestalten durch eine langfristig angelegte, stabile  
218 Förder- und Investitionspolitik für industrielle Transformation der Mobilität,  
219 des Schienenverkehrs und ÖPNV, die Verlässlichkeit für Unternehmen und  
220 Beschäftigte schafft.
- 221 • klare und verbindliche Tariftreue-Regeln sowie eine strategische Ausrichtung der  
222 öffentlichen Beschaffung und Förderung auf gute Arbeit, industrielle und  
223 dienstleistungsbasierte Wertschöpfung und Transformation.
- 224 • Wirtschaftsförderung strategisch bündeln durch eine kohärente, langfristige  
225 Förderarchitektur, die industrielle und dienstleistungsbasierte Entwicklung  
226 aktiv gestaltet, Innovation fördert und gute Arbeit sichert. Vor dem Hintergrund  
227 des geoökonomischen Umfelds kommt dabei der Sicherung heimischer Produktion und  
228 Wertschöpfung durch starke local-content-Regelungen eine besondere Bedeutung zu.
- 229 • Steuerpolitik gerecht und investitionsorientiert ausrichten durch eine  
230 Steuerreform, die die Masse der Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen  
231 entlastet und gleichzeitig die Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung strukturell  
232 reformiert, um mehr Einnahmen zu generieren zur Finanzierung von Infrastruktur,  
233 Transformation und einem Bildungssystem, das Chancengleichheit schafft.
- 234 • die Schuldenbremse nachhaltig investitionsfreundlich reformieren. Auch wenn das  
235 Infrastruktur-Sondervermögen ausgelaufen ist, müssen Zukunftsinvestitionen über  
236 Kredite finanziert werden können.

237

238 Unsere gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist in Europa  
239 eingebettet. Wir kämpfen für seine Stärken, Resilienz und Unabhängigkeit. Allerdings  
240 fehlt auf europäischer Ebene eine abgestimmte Strategie für Investitionen, Nachfrage,  
241 Wertschöpfung und Beschäftigungsstandards. Stattdessen entsteht ein fragmentierter  
242 Subventionswettbewerb. Andere Weltregionen nutzen staatliche Instrumente strategisch  
243 – die EU muss hier ebenso schnell und mutig handeln. Das sichert nicht nur  
244 wirtschaftliche Kraft, sondern auch unsere Demokratie. Europa muss eine ambitionierte

245 Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgen, Innovationen im Sinne der Nachhaltigkeit  
246 vorantreiben und seine Verteidigungsfähigkeit sicherstellen. Angesichts dieser  
247 enormen Zukunftsaufgaben erwarten wir von der Bundesregierung, dass sie ihre  
248 Blockadehaltung in Bezug auf den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 aufgibt.  
249 Deutschland hat einen höheren EU-Haushalt früh abgelehnt und kann die Verhandlungen  
250 wegen des Einstimmigkeitsbeschlusses im Rat blockieren. Dies hat enorme Auswirkungen  
251 auf den von erheblichen Kürzungen bedrohten ESF mit der Konsequenz, dass auch wegen  
252 der anvisierten viel zu hohen Kofinanzierungssätze deutlich weniger ESF-Projekte in  
253 Deutschland umgesetzt werden.

254

### 255 **Wir machen uns stark – für soziale Sicherheit und einen starken Sozialstaat**

256 Wir kämpfen für einen starken, aktiven Sozialstaat als demokratisches Versprechen auf  
257 Sicherheit und Würde. Er ist kein Luxus, sondern zentrales Element unserer Demokratie  
258 und unserer Wirtschaft – deshalb ist das Sozialstaatsprinzip im Grundgesetz  
259 verankert. Robuste Sozialversicherungen sind der Sicherheitsanker für alle  
260 Beschäftigten.

261 Der Sozialstaat ist ein emanzipatorisches Projekt. Er sichert Lebensrisiken ab und  
262 ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben in Vielfalt und Freiheit. Er ist Ausdruck einer  
263 solidarischen Gesellschaft, die füreinander einsteht – das Rückgrat unserer  
264 Demokratie und Garant für sozialen Frieden. Dabei ist er weit besser und nicht  
265 annähernd so teuer, wie seine Gegner\*innen behaupten.

266 Wir wollen einen fairen, modernen und bürgerfreundlichen Sozialstaat, der Menschen  
267 unterstützt und präventiv ansetzt. Er verteilt keine Almosen, sondern sichert  
268 Menschen die Leistungen, auf die sie einen Anspruch erworben haben. Er ist gut – aber  
269 er kann noch besser werden.

270 Notwendige Reformen dürfen nicht auf Kosten der Beschäftigten gehen. Wir haben klare  
271 Erwartungen an die von der Bundesregierung angekündigten Reformen der gesetzlichen  
272 Renten- und Pflegeversicherung:

- 273 • Die Rentenkommission der Bundesregierung darf nicht zur Kürzungskommission  
274 werden. Es geht vielmehr darum, die gesetzliche Rente zu stabilisieren und zu  
275 stärken durch ein stabiles und perspektivisch höheres Rentenniveau, die  
276 Ablehnung einer weiteren Anhebung der Regelaltersgrenze sowie die Vermeidung  
277 zusätzlicher Belastungen durch Verlagerung in die private Vorsorge. Wir haben  
278 eine eigenen Rentenkommission des DGB eingesetzt, die unsere Vorschläge bündelt  
279 und in den politischen Diskurs einbringt. Wir verweigern uns nicht, sondern wir  
280 gestalten Zukunft!
- 281 • Die Versorgung pflegebedürftiger Menschen muss als Teil öffentlicher  
282 Daseinsvorsorge gestärkt werden, statt zusätzliche Risiken auf die Betroffenen  
283 zu verlagern. Höhere Eigenanteile lehnen wir strikt ab. Durch sie wird Pflege  
284 noch mehr zum Armutsrisiko, was wiederum Zukunftsängste noch mehr verstärkt.  
285 Gute Pflege braucht qualifizierte Pflegekräfte in ausreichender Zahl. Sie können  
286 nur mit fairen Löhnen und guten Arbeitsbedingungen gewonnen und gehalten werden.

287

288 Wir haben längst anerkannt, dass es in unserem Sozialstaat Finanzierungs- und  
289 Reformbedarfe gibt. Aber Modernisierung heißt für uns nicht Sparprogramm. Es geht um  
290 Effizienzgewinne, ohne Leistungen zu kürzen. Sie müssen leichter zugänglich,  
291 Antragsverfahren bürger\*innenfreundlicher, Verwaltungshandeln effektiver werden. Die  
292 Komplexität des Sozialrechts muss reduziert werden. Unser Ziel: Menschen Sicherheit  
293 im Wandel geben. Das stärkt unsere Demokratie.

294 Dieses Ziel lässt sich durch kluge Politik und innovative Ideen erreichen. Allerdings  
295 nicht mit der Abrissbirne. Denn anders als von Vielen in Politik und Wirtschaft  
296 behauptet wird, können wir die tiefen Probleme unseres Landes nicht durch  
297 Sparmaßnahmen beim Sozialstaat beseitigen. Sie haben strukturelle Ursachen. Gerade in  
298 Krisenzeiten sind Sparpolitik und Kürzungen der sozialen Sicherheit ein fatales  
299 Signal. Katastrophenszenarien, wie bei der Rente, sind politisch motiviert und gehen  
300 an der Realität vorbei. Das haben längst auch die Menschen in unserem Land verstanden  
301 - anders als die Ideologen in Partei- und Verbandszentralen. Immer wieder belegen  
302 Umfragen, dass sie von der Politik einen **leistungsfähigen, gerechten und**  
303 **verlässlichen Sozialstaat erwarten - ohne steigende private Vorsorge**. Das beinhaltet  
304 stabile Leistungen, eine breitere Finanzierungsbasis sowie an der Lebensrealität der  
305 Menschen orientierte Sicherungssysteme.

306 Wir fordern die Bundesregierung zu einem sozialpolitischen Neustart auf, der die  
307 Erwartungen der Menschen erfüllt und den Abbauphantasien endlich ein Ende macht!

308

309 **Jetzt handeln – gemeinsam die Zukunft gestalten!**

310 „Stärker mit uns“ – das ist und bleibt unser Gestaltungs- und Schutzanspruch. Wir  
311 Gewerkschaften machen es möglich! Wir sind eine Kraft, die verbindet, anstatt zu  
312 spalten. Mit unserer Arbeit tragen wir dazu bei, dass die Alltagsprobleme der  
313 Menschen gelöst werden und dass Deutschland und Europa die Herausforderungen  
314 bewältigen. Mit Solidarität, Zusammenhalt und Mut machen wir aus dieser schweren Zeit  
315 eine Zeit des Aufbruchs in eine neue, bessere und demokratische Zukunft für alle –  
316 wenn wir das Richtige tun:

- 317 • mit einer starken Tarifbindung und guten Löhnen für eine starke Wirtschaft
- 318 • mit mehr Demokratie und einer gerechten Verteilung durch eine faire  
319 Steuerpolitik und
- 320 • mit einem verlässlichen Sozialstaat mit umfassend finanzierten sozialen  
321 Sicherungssystemen.

322

323 Wir wollen einen handlungsfähigen Staat und Kommunen, die in der Lage sind,  
324 vollumfänglich ihre Aufgaben zu erfüllen. Wir fordern eine langfristig auskömmliche  
325 Finanzierung unserer Kommunen und eine tragfähige Altschulden-Regelung. Die Kommunen  
326 müssen die finanziellen Mittel direkt zur Verfügung gestellt bekommen und nicht über  
327 den Umweg die Länder. Das Spardiktat auf Kosten der Kinder- und Jugendhilfe sowie der  
328 Eingliederungshilfe oder von Integrationskursen lehnen wir strikt ab.

329 Wir Gewerkschaften sind bereit, beherzt anzupacken – wie wir es in fordernden Zeiten

330 schon immer getan haben. Dafür bringen wir uns ein: in die Politik, in die  
331 Zivilgesellschaft, in die Selbstverwaltung der Sozialversicherung und des Handwerks.  
332 Wir sagen aber auch laut und deutlich, wo die Grenzen sind. Und wir werden die  
333 Konsequenzen ziehen, wenn diese missachtet werden.

334 Wir zeigen, wie die Weichen gestellt werden müssen: für Gute Arbeit, für eine starke  
335 Wirtschaft, für soziale Sicherheit und einen starken Sozialstaat in einem geeinten  
336 Europa.

337 Auf dieser Grundlage begründen wir einen neuen gesellschaftlichen Konsens. Wir laden  
338 die demokratischen Parteien, die Zivilgesellschaft und verantwortungsbewusste  
339 Arbeitgeber ein, daran mitzuwirken. Es geht darum, Zusammenhalt zu stärken und  
340 Zuversicht zu geben.

341 Gemeinsam sind wir stärker – für eine Zukunft, die allen gehört!

342 Der Bundesvorstand und der Bundesausschuss des DGB werden beauftragt, auf Grundlage  
343 der Beschlüsse des 23. Ordentlichen Bundeskongresses ein konkretes Aktionsprogramm zu  
344 entwickeln und zu beschließen, das

345 **1. die zentralen gewerkschaftlichen Forderungen des DGB gegenüber Arbeitgebern und**  
346 **Politik bündelt, klar priorisiert und kampagnenfähig zuspitzt.**

347 Dazu zählen insbesondere:

348 • übergreifende tarifpolitische Themen,  
349 • Maßnahmen zur Sicherung und zum zukunftsfähigen Ausbau des Sozialstaates,  
350 insbesondere der Arbeitslosen-, Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung.

351 **2. wirksame gewerkschaftliche Handlungs-, Durchsetzungs- und**  
352 **Mobilisierungsstrategien festlegt und aufeinander abstimmt**, insbesondere durch:

353 • die Entwicklung betrieblicher, tarifpolitischer und gesellschaftlicher  
354 Aktivitäten auf regionaler sowie auf Bundesebene,  
355 • die aktive Einbindung und Stärkung gewerkschaftsnaher und  
356 zivilgesellschaftlicher Bündnisse,  
357 • die Konzeption und Umsetzung einer strategisch ausgerichteten,  
358 unterstützenden Medien- und Kommunikationsarbeit zur Stärkung  
359 gewerkschaftlicher Durchsetzungskraft.

360